

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 19.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Vollschekkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Kreditangebot der Unternehmerschaft.

Mehrere amerikanische Anleiheangebote.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Neben dem Reichsverband der deutschen Industrie haben jetzt auch die Banken, der Handel und die Landwirtschaft besondere Kommissionen gebildet, die sich mit dem Kreditangebot beschäftigen. Diese vier Ausschüsse werden voraussichtlich am Dienstag mit dem Reichszentralrat erneut über die Aufbringung der Goldmilliarde verhandeln. Man beabsichtigt, in diesen Verhandlungen aus den vier Ausschüssen ein Komitee aus wenigen Mitgliedern zu wählen. In den Sitzungen im Reichsfinanzministerium wurden schon bestimmte Pläne für die Durchführung des Angebots vorgelegt. Nach dem Berliner Tageblatt wurde der Plan der Industrie, eine Goldmilliarde zur Reparationsleistung aufzubringen, zuerst am 17. September im Senat veröffentlicht. Schon am 20. September ist in Berlin das erste Angebot einer Anleihe von einer großen amerikanischen Finanzgruppe eingetroffen. Vor etwa einer Woche fragten andere Bankgruppen Amerikas in Berlin an, ob sie zu Verhandlungen Vertreter nach Deutschland senden sollten, oder ob man deutsche Unterhändler nach Amerika schicken würde. Mit diesen amerikanischen Finanzleuten finden bereits Verhandlungen im Ausland statt. Weiter sei in Berlin die Mitteilung einer dritten amerikanischen Finanzgruppe eingetroffen, wonach heute vormittag zwei Finanzleute aus Amerika kommen würden, um mit den Vertretern der Industrie über eine amerikanische Anleihe zu konferieren. Neben diesen amerikanischen Anleiheangeboten, in denen die angebotene Hilfe sogar schon in bestimmten Zahlen ausgedrückt sei, suche man mit den Vertretern der valutarückfälligen Länder Europas in Unterhandlungen. Diese Verhandlungen gestalten sich allerdings bei den schwankenden Valutakursen außerordentlich kompliziert. Dennoch entwickelte sich die ganze Angelegenheit, soweit man es bis jetzt zu beurteilen vermöge, günstig und alle beteiligten Kreise seien hoffnungsvoll.

## Der Schlichter der Dragesch.

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Rechtsfertigung gegen die Vorwürfe sozialistischer Blätter, die Dragesch vor ihrer Auflösung gewarnt zu haben, gibt der preussische Innenminister Dominicus sein Schreiben an den Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann zur Kenntnis, das von diesem als streng vertraulich an den Breslauer Major Queiß weitergegeben wurde. Dominicus sagt, daß sein Schreiben das Recht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen habe, irgendeine Absicht der Geheimhaltung habe bei ihm nicht bestanden. Es sei also nicht richtig, daß Liebermann an den Major in dem Dienstauftrag des preussischen Innenministers geschrieben habe.

Die Freiheit bemerkt dazu: Lassen wir also den früheren Polizeipräsidenten Liebermann aus dem Spiel, nehmen wir nur die amtliche Weisung des preussischen Innenministers an den Breslauer Regierungspräsidenten. Aus ihr ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die schließliche Dragesch durch Herrn Dominicus gewarnt worden ist. Es wurde versucht, auf sie einzuwirken, die Schenkungen zu ändern, als Organisation könnte sie dann weiter bestehen. Das ist die glatte Begünstigung eines ungeschickten militärischen Verbandes.

Das oben erwähnte Schreiben oder vielmehr Telegramm des Herrn Dominicus war vom 14. Juli und hatte folgenden Wortlaut:

„Erfuche mit Bezug auf Bericht vom 7. Juli durch Polizeipräsidenten Liebermann auf Heimatschutzverband einzuwirken, daß er die am 23. Juni vollzogene völlige Lösung der Verbindung mit der früheren Organisation Eiserlich auch dadurch zum deutlichen Ausdruck bringe, daß er seine bereits ausgesprochene Absicht, seine Schenkungen zu ändern, und insbesondere das Selbstschußprivileg fallenzulassen, schleunigst ausführt, damit klare Verhältnisse schafft und so das etwa noch vorhandene politische Mißtrauen gegen ihn beseitigt. Erwarte baldigen Bericht. Innenminister.“

Der Demokrat Dominicus bezeugte also auffälligen Eifer, dem Heimatschutzverband die Weiterexistenz zu ermöglichen. Seine Tätigkeit lief darauf hinaus, die Dragesch in anderer Form zu erhalten. Das ist das wesentliche.

## Die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

München, 6. Oktober. (M.) Gemäß den Vereinbarungen mit der Reichsregierung erläßt das Gesamtministerium am Donnerstag im Bayerischen Staatsanzeiger eine Verordnung, derzufolge die Verordnung vom 4. November 1919 über einwirkliche Maßnahmen gemäß Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung und die zum Vollzug dieser Verordnung erlassenen eigenen Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden. Die Bestimmungen über die bayerischen Volksgesetze bleiben unberührt und die Verordnung tritt mit dem 15. Oktober in Wirksamkeit.

## Militärische Vorbereitungen zur bevorstehenden Entscheidung in Oberschlesien.

London, 6. Oktober. Reuters erzählt aus wohlunterrichteter Quelle, daß Vertreter der britischen, der italienischen und der französischen Regierung am Sonnabend in Paris zusammentreffen werden, um Vorbereitungen für Maßnahmen zu treffen, die von den Truppen der drei Mächte in Oberschlesien ergriffen werden sollen, wenn die Entscheidung des Obersten Rates über die oberschlesische Frage bekanntgegeben ist. Verhandlungen hierüber sind zwischen Rom, Paris und London die letzten Wochen hindurch geführt worden, und die Zusammenkunft am Sonnabend hat den Zweck, an die zwischen den drei Regierungen getroffenen Vereinbarungen die letzte Hand zu legen und gleichlautende Instruktionen für die Truppen auszugeben.

## Polnische Stimmen für den Anschluß an Deutschland

Kattowitz, 7. Oktober. Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Nach dem Zustand kamen wir nach Polen und dort erkannten wir von Tag zu Tag klarer, daß Oberschlesiens Glück mit diesem Lande nie verknüpft sein kann. Eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat. Der Kongresspolen ist nicht unser Bruder. Er sieht uns wie ein Fremder gegenüber. Wir wollen los von Warschau! Sinaus mit den Kongresspolen aus Oberschlesien! Das ist die Forderung von über 8000 oberschlesisch-polnischen Insurgenten.

Unterzeichnet ist das Flugblatt von Franz Marit, Vorsitzender des Verbandes ehemaliger polnischer Insurgenten, ehemaliger Insurgenten-Offiziere und Abschlussschleusenwärter. (Berliner Tageblatt.)

## Die kritische Lage in Westungarn.

Wien, 7. Oktober. (M.) Laut Neuem Wiener Tageblatt haben die Ungarn offiziell 20 000 Mann einberufen. Wie die Arbeiterzeitung aus Wiener-Neustadt meldet, wird im Burgenlande und den großen Ortschaften ein Aufruf des Oberkommandos des Landesheeres in Westungarn verbreitet, in dem es u. a. heißt: Bürger, erwacht endlich einmal aus Eurer Gleichgültigkeit. Wecht die Fesseln ab, welche Euch das Judentum aufgenungen hat und kehrt zu Euren Ständen und Eurem Kaiser zurück.

Wien, 6. Oktober. Antik ist wird gemeldet: Die ungarischen Banden halten seit gestern gegen jedes Völkerrrecht die offene Stadt Budapest. Letzta andauernd unter Gewehr- und Maschinengewehrfener. Wie das österreichische Korrespondenzbüro erzählt, hat die österreichische Regierung diesen neuerlichen besonders kraßen Bruch der internationalen Rechte sofort den Mächten zur Kenntnis gebracht und dagegen sehr energig Einspruch erhoben.

## Die „eiserne Faust, die alles unterdrückt“.

Wien, 5. Oktober. (M.) Prinz Windischgrätz äußerte sich einem Mitarbeiter der Allgemeinen Zeitung gegenüber folgendermaßen: Ungarn ist nicht reich, eine Republik zu sein. Es gibt kein Land in der Welt, wo die Frage der königlichen Macht für das allgemeine Leben so ausschlaggebend wäre wie bei uns. Bei uns muß man wissen, wer die Macht in Händen hat, es muß dies der unabhängige legitime König sein als Quelle der Macht, als unsichtbare „eiserne Faust, die alles unterdrückt, was sich ihr widersetzen will. Es muß aber der angekommene König sein, denn ein gewählter König hätte nicht das nötige Ansehen. Desterreich steht auch auf keinem höheren Kulturniveau als wir. Will es seine Unabhängigkeit bewahren, so muß es Monarchie werden. Ich glaube aber, daß es weder Monarchie noch Republik wird, es wird in Deutschland aufgehen. Deutsch-Österreich ist eigentlich nichts als Wien. Die Monarchisten können warten. Die neuen Nationalstaaten müßten zusammenbrechen und dann sei der Zeitpunkt gekommen, den legitimen König zurückzubringen, ohne Kompensationen befürchten zu müssen.

## Katastrophale Wirkungen der Geldentwertung in Oesterreich.

Wien, 6. Oktober. Den Abendblättern zufolge sieht sich das Ernährungsministerium veranlaßt, die staatliche Fleischwirtschaft einzustellen, da das amerikanische Getreidefrucht bei dem gegenwärtigen Dollarkurs auf rund 1000 Kronen für das Kilogramm stellen würde. Die Regierung müßte also bei jedem Kilogramm über 700 Kronen als Zubehö leisten.

Wien, 7. Oktober. (M.) In Wien herrscht seit zwei Tagen ausgesprochene Panikstimmung, die nicht nur an der Börse, sondern auch im großen Publikum um sich greift, das alles unternimmt, um die österreichischen Kronen loszuwerden. Alle Geschäfte der Stadt sind überfüllt, denn es wird alles gekauft, was überhaupt zu haben ist, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuhe, Kleider, Möbel, zu jedem beliebigen Preise. Infolgedessen gehen die Preise ununterbrochen sprunghaft in die Höhe. Mehrfach verlangen die Kaufleute Zahlung in ausländischer Währung. Diese Stimmung wird noch durch immer härter auftretende Gerüchte verstärkt, daß die ungarischen Insurgenten ihre Rüstungen vollenden und in den nächsten Tagen einen Ueberfall auf Oesterreich versuchen würden. Diese Meinung wird auch in Regierungskreisen geteilt. Die Truppen an der Grenze werden verhärtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle eines derartigen ungarischen Ueberfalles auch ein großer Teil der Arbeiterschaft zu den Waffen greifen würde.

## Die Hohenzollern und ihr Hausmeier

F. P. Der lang- und heisumstrittene dritte Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen ist nun erschienen. Das Urteil der gesamten bürgerlichen Presse ist fast durchgehend auf einen Ton gestimmt: Bismarck, der große Reichsbaumeister — Wilhelm II., der unglückselige Reichszerstörer. Die Oberflächlichkeit dieser Auffassung läßt nichts zu wünschen übrig und sie kann nur erklart werden aus der Größe des deutschen Zusammenbruchs, der den Blick der nationalen Geschichtsideologen noch mehr einengt. Der letzte Hohenzoller hat gewiß ein gerüttelt Maß Schuld an dem Sturz Deutschlands und wir sind die letzten, die diese Schuld irgendwie schmälern möchten, aber grundsätzlich ist es trotzdem, anzunehmen, Wilhelm's persönliches Regime sei die alleinige Ursache der Katastrophe und die Fortführung des Bismarck'schen Kurzes hätte Deutschland einen langen und glorreichen Bestand gesichert. Zugegeben selbst, daß Bismarck gegen Wilhelm ein staatsmännisches Genie war, so kann sich die Bismarcklegende doch immer nur auf patriotische Gefühlswallungen, nicht aber auf Tatsachen stützen. Der Kern der Sache kann doch nur erfaßt werden, wenn die politisch-ökonomische Entwicklung Deutschlands unter Bismarck und Wilhelm II. objektiv berücksichtigt wird.

Sehen wir von allem Persönlichen, das nicht von ausschlaggebendem Wert ist, ab, so war die Ära Bismarck die planmäßigste Vorbereitung der Ära Wilhelm II. „Bismarck der geniale Realpolitiker“, einen unfähigen und schwachen Hohenzoller als Kulisie benutzend, begann sein dreißigjähriges Regime mit einem brutalen Besatzungsbruch und endete es mit einem schmerzvollen Ausnahmegesetz. Dazwischen liegen drei schnell aufeinander folgende Kriege, welche die „nationale Einheit“ schufen und den Grund legten zu dem expansiven Kapitalismus, der alle nationalen Schranken niederbricht, der unter der ungezügeltsten Lösung: „Ausdehnung ist alles“, zum Kolonialismus und Abzugsgebiete erobert, kriegsgewöhnlichen Imperialismus wurde. In sieben und achten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts war in der deutschen Wirtschaft eine tiefgehende Veränderung, eine gewaltige Kräfteentwicklung — und Zusammenfassung vor sich gegangen. Der deutsche Kapitalismus drängte mit allen Fäulen auf den Weltmarkt, suchte profitbringende Märkte. Die imperialistische Wirtschaftspolitik trieb ihre schönsten Blüten, als Wilhelm II. zur Regierung gelangte. In voller, begeisteter Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bourgeoisie hat er sich alle Mühe gegeben, für die imperialistische Wirtschaft den machtpolitischen Ausdruck zu finden. Jahrzehntelang, bis zur Katastrophe, haben die Kreise, die als Enttäuschte und Betrogene heute den in Amerongen freiwillig Gefangenen nicht genug schmähen können, alle seine verbrecherischen Provokationen nach innen und nach außen als den Ausfluß höchster Staatslenkeweisheit gepriesen und mitgemacht, solange es — nützlich und profitbringend war. Bis zur allerzerstörernden Katastrophe — bis zum dritten Lande Bismarcks, der allerdings die letzte Hohenzollernlegende restlos zerstört, dessen Anziehungskraft für die tagelänglichen deutschen Patrioten aller Staatsbekenntnisse so groß ist, daß sie ihn eifrig zur Grundlage einer neuen Bismarcklegende machen, die das deutsche Proletariat mit derselben Entschiedenheit ablehnen muß, wie jede patriotische Legende.

Für den sachlichen Beurteiler, dem der eine der nationalen Halbgötter soviel wert ist, wie der andere, hat der Gegensatz und Kampf zwischen Bismarck und dem Hohenzollern-Wilhelm mehr persönliche als realpolitische Ursachen. Der tiefste Grund ist: Beide fühlten sich als Despoten, beide wollten uneingeschränkt herrschen. Einer von beiden mußte fallen. Das konnte nach der Lage der Dinge nur Bismarck sein. In der täuschenden Rolle des „Ratgebers“ hatte er unter dem „schönen Wilhelm“ tatsächlich eine lediglich durch den deutschen Scheinparlamentarismus begrenzte Diktatur ausgeübt. Das vertrat sich nicht mit dem Wesen und den Ansprüchen des „jungen Herrn“, der sich des unüberbrückbaren Gegensatzes von Anfang an bewußt war und zweifelsohne planmäßig auf Bismarcks Sturz hingearbeitet hat. Die politischen Meinungsverschiedenheiten können in diesem Zusammenhang nur als Vorwand für die Entscheidung angesehen werden. Bismarck wollte das Ausnahmegefehl, dessen vollendeter Ueberwitz und Wirkungslosigkeit bis zur Evidenz erwiesen war, verschärfen und verlängern, der neugeborene Kaiser dagegen beabsichtigte nach innen eine „Politik der sozialen Versöhnung und des Ausgleichs“, wie sie bald darauf in den bekannten Erlassen vom 1. Februar 1890 zum Ausdruck gelangt ist. „Ich hatte denselben widersprochen“, schreibt Bismarck, „einmal weil ich nicht für nützlich hielt, daß dem Arbeiter gesetzlich verboten werde, zu bestimmten Zeiten und Gelegenheiten über seine und seiner Familienmitglieder Arbeitskräfte zu verkaufen, dann aber auch, weil ich neue, die Zukunft der Arbeiter und der Arbeitgeber treffende Belastungen der Industrie scheute, solange ihre praktischen Konsequenzen nicht mehr als bisher Marge gestellt wären. Außerdem sah ich nach den Vorgängen des Bergwerksstreiks von 1889, daß zunächst nicht der Weg der Konzessionen, sondern der der Verteiligung gegen sozialdemokratische Ueberwucherungen zu betreten sei. Ich hatte vor und